Sozialistische Beiträge **Köln - Bonn**

2

Koexistenz – Kuba, Mythos und Wirklichkeit – Pluralismustheorie contra Totalitarismusdoktrin – Notstandsgesetzgebung – Staatl. Parteienfinanzierung – Angola – Buchkritik – SDS und Uni Bochum

pacit

Allerleirauh

Lebe glücklich, lebe froh,
wie der König Salomo,
der auf einem Stuhle saß
und ein Stückchen Käse
aß.
Lebe glücklich, werde alt
bis die Welt in Stücke
knallt.

Eine Ersatzorganisation (der KPD) ist ein Personenzusammenschluß, der an Stelle der aufgelösten Partei, deren verfassungsfeindliche Nah-, Teil-, und Endziele
ganz oder teilweise
kürzere oder längere Zeit
örtlich oder überörtlich
offen oder verhüllt
weiterverfolgt oder weiterverfolgen **will.**
(BGH, NJW 61, 2217 ff Leitsatz)

A b c

die Katze lief im Schnee.
Als sie wieder rauskam,
hat sie weiße Stiefel an.
Der ging der Schnee hinweg,
da lief die Katz im Dreck.

Herausgegeben
vom SDS Köln und Bonn
Verantwortlich:
Gunnar Matthiessen,
Herbert Lederer
Adresse:
Köln-Dellbrück, Anemonenweg 8
Druck:
Druckerei Monheim, Köln
Einem Teil der Auflage liegt ein Prospekt des Langenscheidt-Verlages bei.

In der amerikanischen Politik heißt die Alternative im Augenblick nicht Krieg oder Frieden; man wägt zwischen Dschungel- oder Atomkrieg. Kossygin wirft Johnson Politik à la Goldwater vor. Der nicht zimperliche Bobby Kennedy distanziert sich vom Präsidenten. Resultiert der Bruch zwischen der Politik Johnsons und der des verstorbenen Präsidenten allein aus persönlichen Unterschieden?

Koexistenz Gunnar Matthiessen

Der SDS bemüht sich um private und offizielle Kontakte mit Studenten und Professoren aus der DDR, auch über den Weg eines Artikelaustauschs.

Kuba, Mythos und Wirklichkeit Max Zeuske

Universität Leipzig, zwei Jahre Aufenthalt in Havanna, beteiligte sich dort am Aufbau der Arbeiter- und Bauernfakultät.

Pluralismustheorie contra Totalitarismusdoktrin Gerhard Bessau

leitet aus den Erfahrungen seiner DDR-Reise die Frage nach dem Sozialismus dort ab. Im Zusammenhang mit der Notstandsgesetzgebung betonen deren Gegner immer neu die Tendenzen einer autoritären innenpolitischen Inflation, die Befürworter die Notwendigkeit, die Alliierten von ihren Rechten zu entlasten. Über die Stichhaltigkeit solcher Argumentation:

Notstandsgesetzgebung Herbert Lederer

Staatliche Parteienfinanzierung Elisabeth Bessau

Ist Geld der Grund, daß die im Parlament etablierten Parteien sich vom Staat aushalten lassen? Oder verbirgt sich auch hinter dieser Forderung die Absicht, die einmal erlangte Macht zu monopolisieren? In dieser Nummer fehlt ein Artikel zur Wahl. Legen aber nicht Bessaus und Lederers Artikel die Konsequenz nahe, daß eine neue linke Opposition ins Parlament gehört? Eine nur außerparlamentarische Opposition kann dem Begriff der Demokratie nicht voll entsprechen. Für die Tagespresse mag das angolesische Problem bar von Aktualität sein, nicht aber für jene, denen Selbstbestimmung noch vorenthalten bleibt

Angola Alberto Passos

Seinen Anspruch, die Gesellschaft insgesamt, nicht nur die Tagespolitik auf Ideologie hin zu analysieren, wird der SDS auch in dieser Nummer noch nicht sonderlich gerecht.

Buchkritik

allein genügt nicht.

SDS und Uni Bochum H. Neuendorff

KOEXISTENZ

„In Wirklichkeit haben alle Kriege wirtschaftliche Ursachen. Um diese politisch und sozial schmackhaft zu machen, wurden sie immer in ideologische Parolen eingewickelt. Irgendein zukünftiger Krieg wird sich zweifellos seinen geschichtlichen Vorläufern anpassen."
Marine-Spionageabt. an den US-Senatsausschuß, 15. April 1947, S. 3496 im amtlichen Bericht über Kongreßverhandlungen.

In München wurden mit Gewalt einige Studenten von ihren Kommilitonen zum Schweigen gebracht, als sie bei einem Vortrag des amerikanischen Botschafters McGhee gegen die Angriffe der USA auf Nordvietnam und die Intervention in der Dominikanischen Republik protestierten. Die „ideologischen Parolen", Amerika führe einen Kreuzzug für Frieden, Demokratie und Freiheit, werden von jenen Kommilitonen nicht nur naiv als bare Münze genommen, sondern auch noch mit Gewalt verteidigt. Ihr Bekenntnis zur Demokratie beweisen sie mit massiv undemokratischen Mitteln. Sie reproduzieren en detail, was die USA sich tagtäglich leisten. Bomben für den Frieden, sie unterstützen Diktaturen und Militärjuntas für die Demokratie. Töten für die Freiheit des Menschen. Im Rechenzentrum des Pentagon sind längst alle Möglichkeiten des totalen Krieges auskalkuliert. Die Zahl der Todesopfer wird von den computers auf 800 Millionen geschätzt — alles für Freiheit und Demokratie. Das Big Business ist zufrieden, die Börse reagiert freundlich auf diese Krise, und „demokratische" Münchener Studenten übernehmen die ideologische Schutzwart an ihre Universität.[1])
Vor zwei Jahren, unter der Präsidentschaft Kennedys, hoffte man auf einen Ausgleich zwischen Ost und West, man sprach allenorts von freidlicher Koexistenz. Seit der Ermordung des Präsidenten blieb es zwar bei verbalen Beteuerungen, die Tatsachen aber widersprechen. Weniger allerdings subjektive Faktoren — der Wechsel in der Präsidentschaft — als objektive haben die internationale Diskussion mehr und mehr verstummen lassen. Wie in den meisten politischen Bereichen wurde auch das Problem der Koexistenz und der damit verbundenen Abrüstung abstrahiert von seinen ökonomischen und sozialen Voraussetzungen. Um die Gefahr der Ideologie zu vermeiden, muß nach den Möglichkeiten und den Bedingungen einer Koexisxenz gefragt werden, die tatsächlich hält, was ihr Begriff verspricht.
Amerika hat ein wirtschaftliches Potential entwickelt, das unter den gegebenen Produktionsverhältnissen eine sinnvolle, gesellschaftlich verpflichtete und produktive Anwendung des Kapitals kaum, wenn überhaupt noch erlaubt. Kapital- und Exportüberschuß — durch die ausgeschöpfte Kapazität des Inlandmarktes — müssen auf eine Weise abgeleitet werden, die den Ausbruch der latenten Wirtschafts-

ANTIQUARIAT - HORST NIBBE

Europäische Klassik und Romantik - frühe Gesamtausgaben -
Erstausgaben des Expressionismus
Zeitschriften und Bücher der Avantgarde
Kunstbücher und illustrierte Bücher

Kolumbastraße 2 - An der Kolumbakirche

krise verhindert. Nur zum geringen Teil durch private Verschwendung — Luxus —, wesentlich durch öffentliche — Rüstung — sichert der amerikanische Kapitalismus seine Funktionsfähigkeit. Der Staat, der die Rüstungsaufträge verteilt, ist zum mächtigsten Konsumenten des Kapitalismus geworden. Analog zum wachsenden Profit müssen die Staatsausgaben wachsen. Bliebe das in den Händen der Wirtschaftsmonopole akkumulierte Kapital brach liegen, statt neu investiert zu werden, wäre die Folge eine Wirtschaftsdepression, die den Kapitalismus, vorsichtig formuliert, in ernsthafte Gefahr brächte. Damit der Investitonsboom der Nachkriegszeit durch die nicht beschleunigte Sättigung des realisierbaren Bedarfs in eine Investitionsbaisse umschlägt, deren Folgen Produktionsrückgang und verstärkte Arbeitslosigkeit sind, muß das nicht investierbare soziale Mehrprodukt in unproduktives Kapital verwandelt werden. Das heute für den Kapitalisten produktive Kapital — das nämlich, das er in Rüstung investiert — ist das für die Gesellschaft unproduktive. Es ist heute zu dem Widersinn gekommen, daß sich die kapitalistische Gesellschaft insgesamt nur am Leben erhält durch für sie nicht produktives, sondern unproduktives Kapital. Die soziale Konsequenz ist, daß ein zunehmender Teil der amerikanischen Arbeiter gesellschaftlich unproduktiv arbeitet. Sechs bis acht Millionen Arbeiter sind in der Rüstungsindustrie beschäftigt. Ihre soziale Existenz ist damit abhängig von der kontinuierlichen Rüstungsproduktion. Sie insistieren selbst noch im Streik auf ihr. Paradox ist, daß der gesellschaftliche Reichtum, den Amerika heute verzeichnen kann, ein „Erfolg" der kapitalistischen Produktionsweise ist, im selben Zuge aber auch eine ernsthafte Gefahr für diese. Der gesellschaftlich gedeckte Bedarf an Konsumgütern verringert den Bedarf an Investitionskapital und erhöht den an unproduktiven Ausgaben. Das immanent kapitalistische Gesetz der Investitionssteigerung wirkt sich somit reziprok auf die Konsumsteigerung aus. Jede Zunahme auf der einen Seite hat die relative Abnahme auf der anderen Seite zur Folge.[2])

Die amerikanische Außenpolitik reproduziert diese Wirtschaftsverhältnisse. Vorwiegend hat sie den Absatzbedürfnissen des Kapital- und Exportüberschusses zu genügen. Kennedys Wirtschaftsberater brachte diese Notwendigkeit auf die kurze Formel: Export or Retreat. Das für das reaktionäre Wirtschaftsdenken des amerikanischen Kongresses revolutionäre Engagement Kennedys mit der UdSSR muß zumindest teilweise als Konsequenz dieser wirtschaftspolitischen Not verstanden werden.Sein Plan, Material für Kriegsgüterproduktion an den Osten zu verkaufen, deutet das Maß an, in dem Kennedy den Handel mit dem Osten zu intensivieren gedachte. Soll Koexistenz ni chtnur pure Handelspartnerschaft bedeuten, hat sie zur ersten Bedingung die Abrüstung. Mit dem friedlichen Engagement aber entfällt die ideologische und reale Rechtfertigung der Rüstungsproduktion. Auf diese „Gefahr" reagierte die amerikanische Wirtschaft überaus empfindlich. Das tatsächliche Problem ist, ob eine Umstellung von Kriegsproduktion auf Friedensproduktion innerhalb des kapitalistischen Wirtschaftssystems möglich ist. Selbst die Theoretiker, die diese Möglichkeit bejahen, betonen immer neu die ungeheuren Anpassungsschwierigkeiten, die damit verbunden sind.[3]) Ein wesentlicher Mangel ihrer Überlegungen ist, daß sie nur bis zu dem Zeitpunkt reichen, an dem der soziale Bedarf an Schulen etc. gedeckt sein wird. Ein bedeutsamer Unterschied aber der kommerziellen zur Rüstungsproduktion ist der technologische Fortschritt, die „innovation". Erstens ist heute der technische Fortschritt wesentlich abhängig von den Erkenntnissen in der Rüstungsindustrie, zweitens verlangt der Staat nach Waffensystemen, die dem fortgeschrittensten Stand der Erkenntnis entsprechen. Das garantiert eine dauernde Neuproduktion ohne Rücksicht auf den formalen Zustand technisch überholter Waffensysteme. In Kalifornien verrotten in einem bewachten Gebiet von über 160 km für 100 Milliarden Dollar Rüstung.[4])

Das Big Business reagierte also wenig freundlich auf Kennedys Abrüstungsbemühen. Die Schwerindustrie, die die Rüstungseinsparungen besonders betraf, ideologisierte den Verteidigungsminister zum „Staatsfeind Nr. 1". Sicherster Indikator für die innenpolitische Krise war die Börse, die permanent unfreundlich reagierte. Beträchtliche Kurseinbußen erlitt die aerospace-Industrie, die wesentlich an der Rüstungsproduktion beteiligt ist. Sie erholte sich erst nach Kennedys Tod. Wie wenig sich das Big Business diesem Präsidenten verschworen fühlte, zeigte die völlig fehlende Reaktion der Börse bei dem so einschneidenden Ereignis wie dem seiner Ermordung. Dagegen erlitt sie aber während seiner Regierungszeit die stärksten Kurseinbußen seit 1929 — ohne eine andere ersichtliche Ursache als der, daß Ost und West miteinander verhandelten.

Der Aufstieg Goldwaters, dem nur 15 % zum Sieg fehlten, zeigt einmal mehr, daß die Gefahr des Faschismus immer dann beträchtlich groß wird, wenn der Kapitalismus in eine Existenzkrise gerät. Johnson, scheint es, kann den Faschismus in Amerika allein dadurch erfolgreich abwehren, daß er sich den politischen Notwendigkeiten des Kapitalismus mehr verschreibt als sein Vorgänger. Daß dies real geschieht, zeigt sein Erfolg in dem vom Big Business beherrschten Kongreß, der sich gewiß nicht durch „geschickte Taktik" täuschen läßt, wo es gilt, Interessen durchzusetzen.

Noch ist die als größte Gefahr definierte Wirtschaftskonskonkurrenz der UdSSR auf den Weltmärkten nicht eingetreten. Aber die sprunghaft anwachsende Produktivitätsrate des Ostens wird zur annähernden Produktionsgleichheit mit dem Westen führen, dessen wirtschaftliche Expansion durchschnittlich weniger zunimmt. Die Situation ist paradox. Der Osten unterstützt den Kapitalismus, indem er sich als neues „Kolonialland" öffnet, während der Westen durch Kredite die befürchtete Entwicklung im Osten noch forciert.[5])

Unter solchem Aspekt ist die Koexistenz beträchtlich ideologisch, da sie die wirtschaftlichen Belange reproduziert. Die Möglichkeit des totalen Krieges wird in diese Art Koexistenz mit einkalkuliert. Das Beispiel Südvietnam macht die Grenzen solcher Handelspartnerschaft deutlich. Hier geht es nicht um so abstrakte Kategorien wie Demokratie und Freiheit, es geht um die Wahrung wirtschaftlicher Interessensphären, um die Monopolisierung des Weltmarktes unter der Herrschaft Amerikas. Solange so die amerikanische Außenpolitik gegenüber Rußland und den Entwicklungsländern die irrationalen Gesetze des Wirtschaftssystems reproduziert, bleibt ein wirklicher Ausgleich zwischen den Blöcken Illusion und der offene Faschismus in Amerika eine permanente Gefahr.[5])

Gunnar Matthiessen

[1]) Jürgen Habermas und einige Studenten stellten eine differenzierte Untersuchung über das politische Bewußtsein Frankfurter Studenten an, von denen sich 60 % als potentielle Faschisten erwiesen. Da Frankfurt die Hochburg des SDS ist, dem zumindest durch einige gesellschaftskritische Professoren assistiert wird, wird die Prozentzahl an anderen Universitäten wesentlich höher sein, z. B. in Köln? Student und Politik, Luchterhand-Verlag

[2]) Theorien über den »New Capitalism« in „Monthly Review, XI, Heft 3/4 1959; in „Periodikum", Heft 12, Oktober 1959

[3]) Zum Problem der Abrüstung: Emile Benoit/Kenneth Boulding »Disarmament and The Economy", New York 1963; Seymour Melman: »Untersuchungen zur Abrüstung, Columba University Press 1958

[4]) G. H. Shoaf in »The American Socialist" April 1959 zit. in Periodikum 12

[5]) Zur politischen Aufgabe und Situation in der BRD vgl. Prof. Renate Riemeck: Koexistenz der Atommächte verlangt Koexistenz in Deutschland, Bundesvorstand der DFU, Hannover 63

Kuba: Mythos und Wirklichkeit

Man hat hierzulande oft gemeint, den Wunsch-Prognosen überdie Nichtexistenzfähigkeit der kubanischen Revolution Glauben schenken zu sollen; wenn erstmals das Debakel in der Playa Giron im April 1961 die Brüchigkeit dieser Illusion evident machte, so vollzieht sich in den letzten beiden Jahren ein noch viel gravierenderes Debakel für solche „Es-wäre-schön"-Phantasten auf wirtschaftlichem Gebiet! Das will nicht mehr und nicht weniger besagen, als daß die Taktik Präsident Kennedys, der auch sein Pflichterbe LBJ verhaftet bleibt, trotz sichtbarer Anstrengungen gescheitert ist. Rein äußerlich, das ist wohl wahr, hatte diese Taktik schöne Erfolge aufzuweisen: die USA nutzten ihr fast vollständiges Handelsmonopol dazu, mit der Verhängung der Blockade ein Vakuum zu schaffen, und sie brachten auch ihre NATO-Partner dazu, sich dem Embargo anzuschließen.

Daß auch die lateinamerikanischen Länder mit von der Partie waren, hatte rein kommerziell nur wenig zu bedeuten, da der interregionale Handel seit jeher nur wenige Hundertteile betrug, seine Einstellung daher bestenfalls moralischen Schaden für Kuba verursachte. Dafür traf (und trifft) die 1964 nahezu perfektionierte diplomatische Quarantäne von seinen lateinamerikanischen Bruderländern Kuba natürlich um so härter, und das Ansehen Mexikos, das seine nonkonformistische Haltung mit Bravour bewahrte und diplomatische, kommunikative und kommerzielle Verbindungen aufrechterhielt, stieg bei den Kubanern beträchtlich. Interessant aber ist, daß die Mehrheit der NATO-Partner von allem Anfang an aus dem diplomatischen Gleichschritt fiel und ihre Vertreter in Havanna beließ, als 1961 die US-Embassy auf dem Malecon die Airconditions ab- und den Portalschlüssel herumdrehte, und bei dieser Haltung auch blieb, als die „Deutsche" Botschaft in der Calle 0 und 21, gegenüber dem Hotel Nacional, Anfang 1963 ihre Fahne niederholte. Das war denn auch nur das Vorspiel dazu, das kommerzielle Embargo aufzuweichen. Ein Jahr nach diesem eleganten Abfunktionieren der Hallstein-Doktrin schloß die Leyland Motors Corporation einen saftigen Vertrag mit Kubas Regierung über die Lieferung von 950 Autobussen, nachdem ungarische und tschechoslowakische Firmen das von den Amerikanern hinterlassene Vakuum schon wesentlich unwirksam gemacht hatten. Für den Transport sorgte eine nicht existente Firma aus Rostock, gelegen in einer nicht existenten Republik. Ähnliche Verträge über andere Engpaß-Waren wurden zur gleichen Zeit mit Frankreich (Lokomotiven, Lkw) und Spanien (Textilien, Lehrmittel und -bücher u. a.) abgeschlossen. Nun handeln die englischen oder spanischen Konsortien natürlich nicht mit einer schwachen, kurz vor dem wirtschaftlichen Zusammenbruch stehenden Regierung; für tiefer blickende und mit den Verhältnissen im Lande vertraute Beobachter war schon viel früher klar, daß die Gerüchte vom drohenden Zusammenbruch nur für den bundesdeutschen Normalverbraucher bestimmt waren. Der hat denn auch aus Informationen im Stile Alemans („Die Revolution der Bärte") über leere, plakatgeschmückte Supermarkets etc. nur eine Bestätigung seiner konfektionierten Vorurteile herausgelesen. Was er nicht erfuhr und bis heute kaum erfahren hat, war das, was sich nicht zwischen dem ehemaligen Habana Hilton und dem Tropicana-Monsterclub und auch nicht auf der Carretera Central zwischen Havanna und Santiago de Cuba, sondern abseits dieser Magistralen journalistischer Aktivität zutrug, und das ist nun nicht gerade wenig, vor allem aber disparat, und dem Vorurteil abträglich.

Der wichtigste dieser wirtschaftlichen Prozesse, der sich seit wenigen Jahren mit beachtlicher Schnelligkeit vollzieht, ist die Revolutionierung der Zuckerwirtschaft. Man weiß, daß Kuba früher achtzig Prozent seiner Deviseneinkünfte aus dem Zuckerexport erwirtschaftete, und dies wird auch nach der seit 1963 eingeschlagenen Orientierung für die nächsten Jahre so bleiben. Die Möglichkeit einer solchen Orientierung war in den ersten Jahren der Revolution aus verständlichen Gründen in Abrede gestellt worden, und seit der Sperrung des USA-Zuckermarktes für Kubazucker hatte deshalb zunächst ein rapider Niedergangsprozess eingesetzt. Inzwischen haben sich jedoch für Kuba unübersehbare aufnahmefähige Märkte eröffnet, weil viele sozialistische Länder erkannt haben, daß es für sie billiger ist, kubanischen Zucker zu beziehen als ihn selbst zu erzeugen. Vor allem aber konnte Kuba mit einigen der sozialistischen Länder langfristige Verträge abschließen, die die Abnahme eines großen Teils seiner Ernte auf Jahre hinaus zu Festpreisen sichern, die weit über dem Weltmarkt-Durchschnittspreis liegen. Unabhängig von jedweder Konjunkturlage kann Kuba so mit einem stabilen Staatseinkommen rechnen, was ihm erstmalig in seiner Geschichte eine weitschauende Perspektivplanung ermöglicht. Über die vertraglich festgelegten Liefermengen hinaus wird Kuba auch in Zukunft auf dem Weltzuckermarkt auftreten; wie man sich ausrechnen kann, mit weit größerer Autorität als irgendwann zuvor. Hiervon ausgehend, wurde die 1970 zu erzeugende Zuckermenge auf 10 Millionen Tonnen festgelegt; die jährliche Steigerung bis dahin beträgt rund 1 Million Tonnen. Nun ist das mit den traditionellen Methoden nicht zu bewältigen; Machete und

Ochsenkarre werden zwar noch nicht völlig verschwinden, aber sie werden schätzungsweise vielleicht ein Drittel oder ein Viertel der Produktion erbringen können, nicht mehr. An ihre Stelle wird die in der Sowjetunion entwickelte Zuckerrohr-Erntemaschine treten, die sich gegenwärtig in der Provinz Camagüey im Großversuch befindet. Sie wird ergänzt durch mechanische Greifer, die das Rohr laden, und an die Stelle des Ochsenkarrens sind schwere sowjetische Lkw getreten. Der kraftraubende menschliche Arbeitsaufwand wird damit auf einen Bruchteil absinken, und die Erzeugung kann verbilligt werden. Vor allem von US-amerikanischer Seite ist in den letzten Monaten oft angezweifelt worden, ob die vom Premierminister Fidel Castro verkündeten ambitiösen Produktionspläne auch nur annähernde Realität besitzen. Demgegenüber hat die gegenwärtige Ernte, die noch nicht abgeschlossen ist, wenn diese Zeilen geschrieben werden, selbst die optimistischsten Prognosen übertroffen. Bis zum 1. Mai wurden wie glaubhaft verlautete (man weiß, daß offiziell „Zucker-Diskretion" verkündet wurde), 5,6 Millionen Tonnen Zucker erzeugt. Vergegenwärtigt man sich, was für Konsequenzen die technische Revolutionierung der Zuckerproduktion für die kubanischen Guajiros mit sich bringt: Erleichterung der Arbeit, vor allem aber Steigerung der erforderlichen Qualifizierung; Ausdehnung der jährlichen Ernteperiode im gleichen Maße, wie die wissenschaftlichen Anstrengungen zur Selektion und Züchtung günstigerer und ertragreicherer Rohrsorten, etc. zum Erfolg führen, der geplante Bau moderner ländlicher Siedlungen in den Zuckerrohr-Anbaugebieten, usw., so wird der Optimismus verständlich, der in Kuba herrscht und der so sehr absticht von jenem Zweckpessimismus, der aus Florida und anderen Gegenden augestrahlt wird. Wir müssen es uns hier versagen, andere Zweige der kubanischen Wirtschaft näher zu beleuchten, obgleich auch da sich viel Neues, die traditionelle Mißordnung Umstürzendes tut; bloß kann schon vom Gesagten her gefolgert werden, daß der seit nunmehr über sechs Jahre wirksame Einfluß Kubas auf Lateinamerika, weit jenseits jeglichen, den Kubanern angedichteten Exports ihrer Revolution, auch in Zukunft weiterzuwirken und sicher zunehmen wird. So wird zwar auch in Zukunft weiterwirken und sicher zunehmen wird. So wird zwar auch die Haltung Präsident Johnsons gegenüber der dominikanischen Revolution verständlich, wenn auch nicht weniger verdammens- und verabscheuenswert. Jedoch werden auf die Dauer die Dominikaner über ihr eigenes Schicksal genau so entscheiden, wie es die Kubaner täglich neu tun, und die Politik des Dicken Knüppels kann das schließlich nur beschleunigen.

Max Zeuske — Karl-Marx-Universität Leipzig
2 Jahre Aufenthalt in Havanna

Pluralismustheorie contra Totalitarismusdoktrin

Daß der Anstoß von der herrschenden empirischen Soziologie kam, den gesellschaftlichen Zustand der DDR nicht mehr dem politisch-ideologischen Totalitarismusbegriff, sondern einem „pluralistisch" orientierten Aspekt unterzuordnen, ist für die heutigen Verhältnisse bemerkenswert.[1])

Tatsächlich muß ein aufmerksamer Besucher der DDR auch entgegen seiner festen Überzeugung nach kurzer Zeit feststellen, wie unwirklich das Schema von der einfachen sozialen Aufspaltung der DDR-Gesellschaft in einige wenige Herrschende und der Masse der Beherrschten ist. Wenn zudem Einblicke in verschiedene soziale Gruppen gewährt werden, ihrer Stellung entsprechend die wichtigsten Träger des allgemeinen Reproduktionsprozesses, dann wird vollends die ausgeprägte komplexe Struktur der DDR sichtbar, was mit der allzu rabulistischen Totalitarismusdoktrin in Widerspruch steht. Diese Komplexität meint keineswegs nur die durch technisch-ökonomische Arbeitsteilung bedingte. Naturgemäß gibt sie in einem hochindustrialisierten Staat wie der DDR die Basis dafür ab. Entscheidend ist jedoch, daß diese Schichten s i c h spezifische Formen sozialen Zusammenlebens entwickelten mit höchst unterschiedlicher Wirkungsweise, die in ver-

blüffenden Emanzipationstendezen gegenüber der Staatsbürokratie oder den Parteien ihren Niederschlag finden.

Damit soll zugleich schon das Resumee einer achttägigen Informationsreise gezogen werden, die der Autor dieses Beitrages in den vergangenen Semesterferien auf Einladung der Akademie der Wissenschaften der DDR zusammen mit zwei Studienkollegen durch Mitteldeutschland unternahm und die ihn nach Berlin, nach Leipzig zum Besuch der Frühjahrsmesse, Eisenhüttenstadt und zur Paten-LPG (Landwirtschaftliche Produktionsgenossenschaft) der Akademie zwischen Berlin und Frankfurt a. d. O. führte. Das Programm enthielt neben einer Fülle von Besichtigungen vor allem intensive Diskussionen mit Professoren und Assistenten des wirtschaftswissenschaftlichen Instituts der Akademie, namentlich mit Professor Behrens und Professor Kuczynski, die auch in Westdeutschland über ihre Fachkreise hinaus einen Ruf haben.

Da ein solch relativ kurzer Aufenthalt lediglich Eindrücke vermitteln kann, die durch das Besuchsprogramm bedingt sind, mögen die nachstehenden Verallgemeinerungen, dort wo sie angebracht erscheinen, als mit aller Vorsicht formuliert aufzufassen sein. Erst ein längeres Studienprogramm könnte ergeben, ob sie in allen Bereichen des DDR-Lebens anzutreffen sind, wo sie modifiziert auftreten oder wo von ihnen nicht gesprochen werden kann. Hierbei ist vor allen Dingen an die politischen Bereiche zu denken, an Parteien sowie parteiliche Organisationen, deren Existenz einem derartigen Informationsbesuch allerdings solange verschlossen bleiben muß, wie damit staatsgefährdende Dinge hier in der Bundesrepublik verbunden sein könnten.

Der erste nachhaltige Eindruck war nun ein hoher Grad rationalen Verhaltens und Bewußtseins, der wohl alle Schichten der Bevölkerung auszeichnet; eine Erscheinung, die im Westen nur auf eine verhältnismäßig kleine Gruppe von Intellektuellen zutrifft. Während die Einsicht in den Zusammenhang zwischen Individuum und Gesellschaft — was rationales Bewußtsein letztlich ausmacht — auch in der DDR bei intellektuellen Schichten besonders vorherrschend zu sein scheint, stehen ihnen andere Bevölkerungsgruppen aber keineswegs weit darin nach. So ist das Selbstbewußtsein der Genossenschaftsbauern der Paten-LPG ebenso hoch entwickelt wie das von Wissenschaftlern der Akademie, gleichermaßen ihr kritisches Vermögen und ihre vollkommene Offenheit den eigenen Schwierigkeiten gegenüber. Einfach auf Grund der gemeinsamen Planung und Gestaltung der Produktion und Investition hat sich ihre Situation vom Objekt zum Subjekt des Wirtschaftsprozesses verschoben. Indem sie sich als herrschende Kraft gegenüber den wirtschaftlichen Abläufen begreifen, und dem abstrakten Entwicklungsprozeß nicht hilflos ausgeliefert sind, sind sie sich erst ihrer gesellschaftlichen Möglichkeiten voll bewußt geworden.

Demgemäß war es nicht erstaunlich, die gleiche Entwicklung zu eminent vergesellschafteten Formen des Lebens und Bewußtseins in der industriellen Welt noch nicht vorzufinden. So läßt die in der Natur der Sache liegende wirtschaftliche

Modern eingerichtete Fahrschule

in Universitätsnähe · Vertragsfahrschule des Asta

Dipl.-Ing. Dr. Franz Vasoldt

Köln · Hohenstaufenring 22 · I. Etage · Tel. 41 71 12

Straßenbahnhaltestelle **Zülpicher Platz**

und technische Kompliziertheit eines Betriebes wie das des Stahlwerks in Eisenhüttenstadt mit seinen rund 6000 Beschäftigten eine unmittelbare Mitwirkung der Planung und Durchführung der Produktion schon deshalb nicht zu, weil die dafür erforderlichen theoretischen Kenntnisse derzeit nur die Betriebsführung aufweist. Gerade im industriellen Sektor mußte zudem noch ein tief verwurzeltes Relikt aus dem nationalsozialistischen System überwunden werden: die strenge Betriebshierarchie mit ihrer militärischen Befehlsgewalt zugunsten eines Kollegialitätsprinzips vollkommener Gleichwertigkeit aller „Produzenten", des Direktors wie des Kranführers. Eisenhüttenstadt zeigte, daß dieses Relikt überwunden ist. Das rationale Verhalten in diesem Bereich entspricht also einem Bewußtsein von Kollegialität, dem Wissen, gemeinsam einer Klasse anzugehören, was einmal wichtige Voraussetzung zur Entwicklung von Formen sozialer Mitwirkung im Industriebetrieb sein wird, die kein „Oben" und „Unten" kennen darf. Um aber dem geschichtlichen Anspruch des Systems gerecht zu werden, muß die Apostrophierung der Produzenten fallen. Die Produktion muß in allen ihren Teilen eine gesellschaftliche werden. Diese Notwendigkeit ergibt sich jedoch — wie angedeutet — ausschließlich für die Industrie, nicht für die Landwirtschaft. Der Begriff „Produktionsgenossenschaft" ist heute schon identisch mit der Vorstellung, die er zu vermitteln trachtet. Wie der Besuch der Paten-Genossenschaft zeigte, ist das Produktionssystem so entwickelt worden, daß zunächst jeder ehemalige Landbesitzer Boden und Viehhaltung in die Genossenschaft einbrachte und fortan bei der Gesamtplanung gleichberechtigt war.

Erwähnenswert ist auch der für die Landwirtschaft festgelegte allgemeine soziale Standard — kostenlose ärztliche Betreuung, Kinderbetreuung, Aufstiegsmöglichkeiten in beruflicher und kultureller Hinsicht —, die gleichwertige Eingliederung der ehemaligen besitzlosen Landarbeiter sowie eine gesetzlich geregelte Arbeitszeit für Frauen zwischen 100 und 120 Tagen im Jahr je nach Kinderzahl. Daß die Verwirklichung des Genossenschaftsprinzips nicht abhängig ist, von einem hohen Mechanisierungsgrad der Landwirtschaft geht daraus hervor, daß in Westdeutschland rund 10 bis 12 Arbeitskräfte auf 100 Hektar kommen, in der DDR dagegen 17. Dennoch werden im Laufe der kommenden Jahre in der Bundesrepublik rund 300 000 selbständige Bauern Feld und Hof räumen müssen, da sie der Konkurrenz der Großagrarier nicht gewachsen sein werden, obwohl auch sie mit steigendem Maschineneinsatz arbeiten.

Der Begriff „Volkseigener Betrieb" ist demgegenüber eine abstrakte Kategorie. Das in ihm enthaltene Versprechen ist schwer vorstellbar. Sein ideologischer Gehalt verdeckt, daß es bisher kein der Landwirtschaft gemäßes genossenschaftliches Wirken innerhalb der Produktion gibt. Nach dem gegenwärtigen Stand der Dinge ist dies auch nicht möglich. Neben der umfassenden technisch-ökonomischen Wissensvermittlung, die mit einer gesellschaftspolitischen einhergehen muß, sind weitere Voraussetzungen nötig. Einmal eine mindestens 30 prozentige Arbeitszeitverkürzung, um das Studium sinnvoll zu machen; zum anderen aber eine gewerkschaftliche Alternative, die zuvor jedoch den Widerspruch zwischen dem, was ist, und dem, was sein soll, zu erkennen und von daher eine relevante sozialpolitische Funktion abzuleiten hätte. Hinzu kommen die objektiven Hemmnisse. Der Staat besaß und besitzt keine Rohstoffbasis; der Zwang zum Export, damit aber zur schwerpunktartigen Gestaltung der gesamten Produktion ist immer noch eine Lebensfrage für die mitteldeutsche Gesellschaft. Die Industrie der DDR hat somit keinerlei produktive Alternativmöglichkeiten. Planung und Durchführung der Produktion sind mithin infolge rein wirtschaftsnotwendiger Faktoren fixiert.

Diese soziale Differenzierung hat hinsichtlich der oben genannten Emanzipierungstendenzen naturgemäß verschiedenartige Auswirkungen. So betrachten die Verantwortlichen der Genossenschaften den vom zentralen Volkswirtschaftsrat entworfenen Plan für die Landwirtschaft keineswegs als eine zu vollziehende Größe. In bisweilen langwierigen Diskussionen, die übrigens durch eine Reihe von Zwischeninstanzen geführt werden, versuchen sie mit Nachdruck, den produktiven

Möglichkeiten Rechnung zu tragen und eine Revision der Viehzucht- und Anbaupläne zu erzwingen. Sie stützen sich dabei auf ihre Genossenschaft. Wichtig ist, daß auch ihr Parteisekretär mitzieht, ja, mitziehen muß, will er — und damit die Partei — sich nicht von der „Basis" isolieren. Gelingt keine Revision, so lassen sie bei bestem Vermögen, den Plan doch zu erfüllen, einfach die Praxis entscheiden. Der dadurch bedingte Gegensatz wird jedoch völlig offen vertreten.

Der industrielle Sektor ist hierzu noch nicht in der soziologischen Verfassung. Die Lösung dieses Problems stellt insbesondere die Frage nach den geeigneten Formen, in denen innerhalb der Industrie-Vergesellschaftung möglich ist.

Es ist nun von einem realsoziologischen Standpunkt widersinnig, dieses Phänomen zum Vorwand zu nehmen, Anspruch und Wirklichkeit der DDR formal gegenüberzustellen. Die stereotype Formel von der „Entartung" reflektiert eine Position des „Gralshüters", die ihre eigene Anschauung dadurch erst rechtfertigen zu können glaubt. Wie diese Position geschichtlich selbst in der Luft hängt, so vermag sie auch nicht das Werden des mitteldeutschen Gesellschaftssystems mit all seinen Widersprüchen zu begreifen; denn ihr Impetus ist letzlich ein moralischer. Die fehlerhafte Politik Sowjetrußlands gegenüber der heutigen DDR in den ersten Nachkriegsjahren, das dadurch erzwungene tages- aber auch systempolitische Taktieren auf Grund einer spezifisch sowjetischen, für die geschichtlichen Bedürfnisse Rußlands konzipierten Gesellschaftsauffassung, wies dem Sozialgefüge der DDR keinen seinem eigenen Entwicklungsstand entsprechenden Weg. Das ist — so sehr er auch objektiv zum Tragen kam — durchaus ein objektiver Grund für die aufgetretenen Widersprüchlichkeiten, wenn einmal bedacht wird, daß am Anfang des Aufbaus keine wissenschaftlich und theoretisch qualifizierten Kader zur Verfügung standen. Die Position des „Gralshüters" erkennt jedoch nicht, daß dennoch in der DDR eine Revolution vor sich ging, zwar von „oben", die trotzdem aber eine immanente Gesetzlichkeit auslöste und heute zur eigenständigen sozialen Formung drängt. Zwingend muß daher die Entwicklung andere Wege gehen, als die vom „Gral" sanktionierten, zumal jeder Widerspruch geschichtsträchtig ist und auf Fortschritt hindeutet, sollte er einmal bewußt werden. So bewirkt wohl unleugbar die steigende Eingliederung wissenschaftlichen Nachwuchses in die Produktion sowie die ersten fühlbaren Resultate des „Neuen Ökonomisen Systems" das hohe Ausmaß von Rationalität, damit schließlich steigende Leistungen der DDR-Wirtschaft. Beides wurde beim Besuch der Leipziger Messe deutlich.

Technisch versierte Fachleute beherrschten die Szene, Werbepsychologie nach aktuellem Stand wurde angewandt, die ausgestellten Erzeugnisse entsprachen internationalen Anforderungen.

Es steht außer Frage, daß das dort gezeugte Niveau bald auf alle Gebiete des Wirtschaftslebens ausgedehnt wird. Heute ist bereits abzusehen, daß zur Beschleunigung dieses Wachstumsprozesses an pragmatisches Vorgehen gedacht ist.

taschenbuch keller

Immer alle taschenbücher
alle bedeutenden deutschen serien
alle bedeutenden ausländischen serien
alle lieferbaren titel vorrätig

hbf + barbarossaplatz

Differenzierte theoretische Vorarbeit wird allerorten geleistet — so die Ausdehnung des „Neuen Ökonomischen Systems" auf den Einzelhandel, damit aber die Abkehr vom reinen „Verteilungsprinzip" — und Ansätze einer empirisch-soziologischen Verhaltensforschung, die gerade in der DDR infolge der allgemeinen rationalen Bewußtseinsstruktur ein ihr gemäßes Arbeitsfeld findet, werden dabei Hand in Hand gehen. Es scheint den „Fachleuten" darauf anzukommen, der „Ideologie" zunächst einmal den Rücken zu kehren, um stattdessen die Praxis „technokratisch" in den Griff zu bekommen.

Die damit verbundenen Gefahren — andersgeartete als die am Anfang der DDR — sind nicht zu übersehen. Bleibt es bei Pragmatismus und Empirie allein, so wird die gegenwärtig so positiv wirkende Komplexität auf ein System einander schwer zu integrierender sozialer Gruppen festgelegt, die gegeneinander um höchst sterile, ausschließlich produktivitätsorientierte Erfolge „konkurrieren". Die Notwendigkeit der Aufhebung von Staat, Partei und entfremdeter Arbeit wird dann aber auf unabsehbare Zeit verschoben. Empire ist lediglich ein wirksames Instrument. Sie muß Hilfsmittel bleiben, kann nicht Ersatz sein für eine kritische Theorie, die jeden Tag aufs Neue den eigenen Standort soziologisch und geschichtlich objektiv zu erfassen hat, um ihn überhaupt am Anspruch des unbedingten gesellschaftlichen Fortschritts messen zu können.

Gerhard Bessau

[1]) Christian Peter Ludz: „Soziologie und empirische Sozialforschung" in »Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie" Sonderheft, (8) 1964

Notstandsgesetzgebung

„Die sog. Notstandsklausel des Vertragstextes von 1952 ist schon damals vielfach mißverstanden oder mißdeutet worden. Diese Klausel ist in dem neuen Vertrag entfernt worden. Die drei Westmächte haben bei der Streichung dieser Klausel ausdrücklich ihr Vertrauen in die innere Stabilität der BRD zum Ausdruck gebracht. Sie haben die Aufgabe, Störungen der freiheitlich-demokratischen Grundordnung abzuwenden, ausschließlich den deutschen Behörden überlassen."

(Adenauer, „Freiheit, Wohlfahrt...", Regierungserklärung 15. 12. 1954, S. 6/7)

Bei dem übermäßigen Anschwellen der nationalistischen Welle in der letzten Zeit verwundert nicht, daß die Befürworter der Notstandsgesetze den „Mangel an Souveränität" und Bedürfnis nach „nationaler Selbstachtung" als Argumente herausstellen, die ihrer Meinung nach besonders von der Notwendigkeit der Grundgesetzänderung überzeugen. Die These, Notstandsgesetzgebung sei der Akt, der zur endgültigen Souveränität der BRD führe, ist juristisch und politisch unhaltbar. Über die „Sache mit den Vorbehaltsrechten der Alliierten" klärt Prof. Ridder, Ordinarius für Staats- und Völkerrecht auf: „Nach all dem ist festzustellen, daß es Vorbehaltsrechte der Alliierten zur Bewältigung innerer Notstände der BRD seit dem 5. Mai 1955 nie gegeben hat und daß die Vorbehaltsrechte zur Bewältigung äußerer Notstände erloschen sind." Denn man wird „Prof. W. Grewe folgen müssen, der in einem Publikationsorgan amtlichen Charakters, dem »Bulletin des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung« (Nr. 212 vom 10. Nov. 1954, S. 1917 ff) die Auffassung vertreten hat, daß nach der Fassung 1954 »durch Streichung des gesamten bisherigen Textes des Artikels 5... das Recht der drei Mächte zur Verhängung eines Notstandes und zur Ergreifung entsprechender Notstandsmaßnahmen beseitigt worden« ist... »Erwartet werden

Politik ohne Vernunft oder Die Folgen sind absehbar

10 streitbare Thesen. Vorwort Walter Jens
Hg. Gert Schäfer und Carl Nedelmann

10 junge Wissenschaftler informieren in diesen Bestandsaufnahmen mit umfangreichem Statistik- und Tatsachenmaterial über die neuralgischen Punkte in der Politik der Bundesregierung.

Plädoyer für eine neue Regierung oder Keine Alternative

Herausgegeben von
Hans Werner Richter

25 Schriftsteller plädieren in diesem rororo aktuell für eine neue Regierung, da es nach vier Jahren einer verbrauchten Politik keine andere Alternative mehr gibt.

aktuell **Jeder Band DM 2.20** aktuell

von alliierter Seite nur solche Regelungen des deutschen Gesetzgebers, wie sie auch NATO-Staaten in strategisch exponierter Lage (strategisch »exponiert« waren damals auch Norwegen und Dänemark) kennen«."[1]) Tatsächlich wird eine Notstandsgesetzgebung, wie sie heute das Parteienkartell ausarbeitet, niemals die Souveränität soweit herstellen, daß die Alliierten auf das Recht verzichten würden, ihre in der BRD stationierten Truppen zu schützen. Zum anderen ist unvorstellbar, daß sie jene demokratische Ordnung, die erst auf ihre Intervention hin eingerichtet wurde, wieder zerstört sehen wollen. Ein Eingriff der Alliierten bei innerem Notstand würde einen eklatanten Bruch der Verfassung bedeuten.[2])

Das Diffizile der völker- und staatsrechtlichen Argumentation macht kurze zusammenfassende Sätze unmöglich. In diesem Rahmen soll nur darauf hingewiesen werden, daß die These von den alliierten Befugnissen politisch und juristisch nicht nur unhaltbar ist, sondern daß sie vor die eigentlichen Gründe der Notstandsgesetzgebung geschoben ist, um von diesen abzulenken. Welche diese tatsächlich sind, läßt Brandt ahnen in seiner Zurechtweisung der Professoren, die unter Demokratie noch politische Aktion und Mitbestimmung verstehen, statt nur Konsumtion politischer Phrasen, läßt von Hassel ahnen, wenn er Pastoren und Studenten diffamiert, läßt Wehner ahnen, wenn er Niemöller als Irren abqualifiziert. Die Reihe solcher Bemerkungen reicht vom linken Flügel der SPD bis zum rechten der CSU.[3]) Winfried Martini sagt es direkt: „Nur wird es an der Zeit, daß die demokratischen Verfassungen dazu übergehen, eine Warnung vor den Schwarmgeistern Demokratie einzufügen, so wie Luther vor den religiösen Schwarmgeistern gewarnt hatte."[4]) Noch können diese Schwarmgeister warnen, noch kann vor ihnen verfassungsrechtlich nicht gewarnt werden. Am 21. 5. formulierte Ridder erneut seine Bedenken gegen die Notstandgesetzgebung, auch gegen den Kompromiß zwischen Erler und Barzel: „Die Notstandsgesetze stellen die Verfassung auf den Kopf und verkehren den Sinn des GG in sein Gegenteil. Die Väter des GG schufen unsere Verfassung nicht nur für Schönwetterperioden, sondern auch für

Krisenzeiten. Das GG und die anderen einschlägigen Gesetze enthalten bereits ein System von Sicherungen, die genügen, um jeden wirklichen Notstand zu überwinden, ohne die freiheitliche und demokratische Substanz unserer staatlichen Ordnung zu gefährden oder gar zu beseitigen." Jenen aber, die für diese freiheitliche Ordnung kämpfen, möchte man zu allererst die Sprache verbieten. Auf sie und die Arbeiter richtet sich das Augenmerk, wenn von innerem Notstand gesprochen wird. Ideologie bleibt das Bemühen der SPD um eine Madifizierung der Beschränkung der Pressefreiheit und des Streikrechts, solange über den Weg der Zivildienstverpflichtung engagierte Journalisten und Arbeiter liquidiert werden können.

Daß unter solchen Umständen, abgesehen von programmäßigen Protesten Otto Brenners, der DGB schweigt, deprimiert. Verbot doch der Hauptvorstand der sonst so fortschrittlichen IG Chemie den Funktionären die Durchführung des 7-Punkte-Programms, zu dem der Vorstand von seinen Wählern verpflichtet wurde. Rücksichten auf die Partei, die die Gewerkschaftsbürokratie immer noch als ihre Partei auffaßt, geboten diesen administrativen Aktionsverzicht. Erst der Professorenappell mobilisierte die unteren Kader der Gewerkschaften neu. Hoffnung bleibt, daß die Schlußfrage des Professorenappells: „Werden Sie bei Ihren Beschlüssen bleiben, und was gedenken Sie zu tun, um die Demokratie ernsthaft zu verteidigen?" doch noch befriedigend beantwortet wird. Eine radikalisierende Wendung des DGB könnte auch für die gesellschaftspolitische Auseinandersetzung in der BRD in Zukunft nicht ohne Bedeutung sein.

Herbert Lederer

[1]) Der totale Notstandsstaat, Stimme-Verlag, 70 S. mit Beiträgen von Kogon, Abendroth, Ridder, Hannover, Seifert, Zitiert S. 44 und 39 f
[2]) vgl. Prof. W. Abendroth „Zusätzliche Notstandsermächtigung?" Frankfureer Hefte 17, S. 155ff
[3]) in „Politik ohne Vernunft", rororo — aktuell 159 S., Oskar Negt: Auf dem Wege zu einer autoritären Gesellschaft / Eine Analyse von Reden und Schriften der führenden Politiker der Regierungsparteien. Eine Analyse über die der Opposition würde vermutlich relevante Unterschiede nicht aufweisen.
[4]) „Spiegel" 20, 1965 S. 125

Neuerscheinung

Vietnam

ist in aller Mund, aber die Berichte in Zeitungen, Rundfunk und anderen Publikationsorganen sind meist einseitig.

Lesen Sie deshalb die Reportagen eines Mannes, der die **unsichtbare Armee** besuchte, nämlich die Reportagen des australischen Journalisten

Wilfred G. Burchett

Partisanen contra Generale

Etwa 448 Textseiten und 32 Bildseiten - **Ganzleinen DM 11,20**

BRÜCKEN-VERLAG GMBH
Buch-Import-Export - 4 Düsseldorf - Postfach 1928

Parteienfinanzierung

Durch Verabschiedung eines „Parteiengesetzes" noch vor Ablauf der Legislaturperiode wollen die drei Bundestagsparteien ihren Anspruch auf die ausschließliche Vertretung des Volkes endgültig verfestigen. Als Mittel dazu dient vor allem die Regelung der staatlichen Parteifinanzierung, die heute schon 38 Millionen DM umfaßt, auf 90 Millionen erhöht werden und nur den im Parlament etablierten Parteien zugute kommen soll.

Den Parteien, die die Pflicht des Staates, sie zu finanzieren, aus dem Art. 21 ableiten, wird assistiert von Staatsrechtlern, die in dieser Regelung das Kernstück des künftigen Parteiengesetzes sehen. Gleichwohl gibt es eine Reihe von kompetenten Stimmen, die zwar die Notwendigkeit derartiger Bestimmungen einsehen, dennoch aber die Frage stellen, ob durch die staatliche Finanzierungspraxis nicht eine Fehlentwicklung eingeleitet werde, die die Parteien sich am Ende zu „Staatspensionären" entwickeln läßt (Prof. Ridder). Mit formaldemokratischen Bedenken fragen Prof. Sternberger und Prof Eschenburg, ob die Verteilungspraxis als verfassungskonform zu bezeichnen ist. Die materialdemokratischen Einwände dagegen zielen auf den Funktionswandel der Parteien: „Die quasi-oligopolistische Previlegierung der Großparteien erinnert an die staatlich previlegierten Großkirchen". (Prof. Flechtheim). Diese offensichtlich so verschiedenartige Kritik, auf ihren Nenner reduziert, weist auf die autoritäre innenpolitische Entwicklung der BRD hin, deren Symptom die schleichende Verfassungsänderung auf dem Wege der Usurpierung staatlicher Macht ist.

Da Art. 21 ein Parteiengesetz fordert, stellt sich denn die Frage, wie es beschaffen sein muß, um diese autoritären Tendenzen nicht zu verstärken, sondern ihnen einen wirksamen Riegel vorzuschieben. Es genügt nicht allein, zu verhindern, „daß die Parteien zu Anhängseln des Staatsapparates werden", und zu fordern, „daß die finanzielle Grundlage jeder Partei das

E. Kahle K.-G.

gegr. 1894

Elektro-Großhandlung

Köln · Plankgasse 42

Schließfach 1./968

Sa.-Nr. 23 36 23

Ihr

funktionsechter-Grossist

seit 1894

Wir liefern

nur an Elektro-Handwerk

und -Fachhandel

eigene Beitragsaufkommen" zu sein hat. (Karl Otto, Sozialistische Hefte, Juni 1964) Mit solchem Vorschlag soll der gegebene staatliche Zustand nicht inhaltlich, sondern qua Gesetz verändert werden. Er bleibt formal, weil mit ihm nicht nach der Funktion gefragt wird, die die Ideologie des „Legalismus" für Herrschende und Beherrschte in Wirklichkeit einnimmt. Das Grundgesetz ist kein Verfassungswerk einer zur Selbstbestimmung zugelassenen Nation. Vielmehr wurde es von den Alliierten im Zuge einer Art Erziehungsdiktatur zwecks Einführung „demokratischer" Lebensart in Westdeutschland sanktioniert und dem Volke auch nicht zur Abstimmung vorgelegt, obwohl gerade nach diesem Grundgesetz alle Macht von jenem ausgehen soll. Außerdem unterschlagen jene, die sich auf das GG berufen, als dem allein konstitutiven Mittel zur Demokratie, schlicht, daß Stimmengleichheit nicht identisch ist mit Gleichwertigkeit der Stimmen, auf die es gerade ankommt. Die „Stimmen" von Flick, Abs oder Krupp verkörpern — jede für sich — qualitative, reale politische Macht, die des Arbeiters und Angestellten oder Professors für sich allein keine, nicht ausschließlich deshalb, weil sie für Entscheidungen von Tragweite bloß alle vier Jahre abgegeben werden können, die Mächtigen aber dagegen permanent gehört werden. Nicht die Einflüsse des Lobbyismus entscheiden über den Inhalt unserer Demokratie, sondern der qualitative Unterschied zwischen einzelnen lobbyistischen Gruppen, deren Einfluß sich aus den gesellschaftlichen Verhältnissen ergibt. Die Qualität von Stimmen bemißt sich nicht nach ihrer Quantität, sondern nach dem ökonomischen Rückhalt. Die Kapitalkonzentration umfaßt rund 80 Prozent der Industrie und Banken, die sich in den Händen weniger Gesellschaften befinden. Da diese wiederum die Politik der Unternehmerverbände bestimmen, die durch eigens dafür geschaffene Büros die Gesetzgebung der Ministerien beeinflussen, muß zwangsläufig die Rolle des Parlaments und der Parteien unter diesem Gesichtspunkt betrachtet werden. Die „Neutralität" des Staates, die die parlamentarischen Einrichtungen nach Maßgabe des GG zu sichern haben soll verhindern, daß der Masse der Nichtbesitzenden die Macht des Kapitals unverhüllt gegenübertritt. Aufgabe der Parteien muß demnach sein, als Interessenverbände im Parlament die Neutralität zu sichern. Haben sich aber nun alle Parteien geeinigt, daß man dem Prinzip des privaten Eigentums an Produktionsmitteln und damit auch an den skizzierten gesellschaftlichen Begleiterscheinungen festzuhalten sei, so entsteht ein Vakuum, das einer sozialen Alternative Raum gibt. Eine „Klassenpartei" der Nichtbesitzenden würde jedoch den offenen Widerspruch zur Ideologie der vorgegebenen „formierten Gesellschaft" bedeuten. Dieser Gefahr zuvorzukommen, ist Sinn des Parteiengesetzes. Durch die staatliche Finanzierung soll einer neuen Opposition wirksam der Zugang ins Parlament blockiert werden. Haben sich die etablierten Parteien einmal zum Monopol versammelt, trotz, ja mit Hilfe des Grundgesetzes (Art. 21), entartet das System des Parlamentarismus zur Farce, mit der die herrschende gesellschaftliche Schicht ihre unumschränkte Macht verschleiert.

Elisabeth Bessau

MARXISTISCHE BLÄTTER

Zweimonatszeitschrift für wissenschaftlichen Sozialismus

Sachkundige Quelle · Internationale Autoren · Marxistische Position

Anfragen, Probehefte:

Marxistische Blätter · 6 Frankfurt/Main 21 · Postfach 136

Die angolesische Revolution

Vom 4. Februar 1961 bis zur Mitte des Jahres 1963 lieferte das Problem Angolas der internationalen Presse Schlagzeilen. Auf diese Weise wurde das kolonialistisch-faschistische System Portugals der gesamten Weltöffentlichkeit dargestellt und der Mythos von einer zivilisatorischen Mission Portugals in Afrika, dank dem Kampf der Patrioten in den unter ihrer Kolonialherrschaft stehenden Länder, enthüllt.

Am 4. Februar trifft eine Anzahl von gleichzeitigen Angriffen plötzlich die Militär- und Polizeiposten von Luanda. Sieben Polizisten und Soldaten werden getötet.

Dies war der Beginn des Aufstandes, der seinen Höhepunkt im März desselben Jahres hatte mit der Besetzung eines Fünftels des Gebietes durch die Streitkräfte eines Volkes, müde der Unterdrückung, eines Volkes, begeistert für Freiheit und Menschenwürde.

Am 10. März desselben Jahres stimmte der Sicherheitsrat der Vereinten Nationen über die Frage der Situation in Angola ab. Am. 15. März fand die Wahl statt und der Antrag wurde abgelehnt: fünf Stimmen für, keine Gegenstimmen und sechs Stimmenthaltungen. Die Vereinigten Staaten machten einen sehr bemerkenswerten politischen Gesinnungswechsel, indem sie an der Seite der Sowjetunion für den Antrag stimmten.

Die Regierung Kennedy, die sich des Anachronismus des klassischen Kolonialismus des Umfangs der angolisischen Revolution bewußt war, startete ein Abenteuer, bevor es zu spät war — Eindringen in die Reihen der Befreiungsbewegung, Steuerung gewisser korrupter Elemente zur Entstehung von Intrigen um eine Spaltung herzustellen. Reisen gewisser Angolesen nach Washington wurden zahlreich, amerikanische Journalisten und Professoren besuchen politische und militärische Einrichtungen der Angolesen im Kongo. Die amerikanische Botschaft in Leopoldville richtet eine Abteilung für Angola ein, politische Berater und militärische Ausbilder installieren sich in der Nähe der angolisischen Organisationen in Leopoldville. Ihr Mann ist Holden Roberto, der gegenwärtige Präsident der sogenannten Exilregierung der angolisischen Republik (GRAE), ein Agent des nordamerikanischen Imperialismus.

Die Spaltung unter den angolesischen Nationalisten nach Hautfarbe, Glauben, Stamm, Sprache ist das Produkt „Made in USA", das uns von dort im Namen der Freiheit, des Friedens und der Demokratie importiert wurde.

Wenn die angolesische Revolution heute ein wenig im Rückstand ist, so geschah dies nicht nicht nur durch das Bündnis des Imperialismus mit Portugal, sondern vor allem durch das Eindringen des nordamerikanischen Imperialismus in die Befreiungsbewegung. Die folgenden Abschnitte sollen dies zeigen: Inspiriert von den Amerikanern, gründete Holden Roberto im Jahre 1962 die berüchtigte Exilregierung (GRAE), die aus Repräsentanten seines Stammes (Bakongo), Protestanten und einigen Individuen besteht, die ihren Sold von den USA beziehen.

Die Gipfelkonferenz der unabhängigen afrikanischen Staatschefs in Madagaskar, die vom 22. bis 25. Mai 1963 in Addis Abeba stattfand, war sich der Kampfunfähigkeit einer geteilten Bewegung bewußt:

„Wir fordern alle nationalen Befreiungsbewegungen inständig auf, ihre Kräfte durch die Schaffung gemeinsamer Aktionsfronten, da, wo es nötig ist, zu koordinieren, um die Wirksamkeit ihres Kampfes und den rationalen Gebrauch der verabredeten Hilfe, die ihnen gewährt wird, zu verstärken.

„Wir beschließen die Schaffung eines Koordinierungskomitees (Komitee der Neun), das beauftragt wird, die Hilfeleistung der afrikanischen Staaten zu harmonisieren und den speziellen Fonds zu diesem Zweck zu besorgen..."

Das Koordinierungskomitee beschließt, eine Mission guten Willens nach Leopoldville zu schicken, um die angolesischen nationalen Befreiungsbewegungen auszusöhnen.

Während sich die Mission in Leopoldville aufhielt, wurde die GRAE von Adoula de jure anerkannt. Der Besuch des amerikanischen Unterstaatssekretärs Mennen Williams bei Adoula eine Woche vor der Anerkennung der GRAE geschah mit dem Ziel auf diese Politik. Angesichts dieser Tatsache konnte das Komitee nichts anderes tun, als dem Beispiel Adoulas zu folgen. Das Komitee beschließt, „daß die FNLA (die Partei Holden Robertos und einzige in der GRAE vertretene) als einzige Kampfgruppe für die Befreiung Angolas angesehen werden kann. Die gegenwärtigen militärischen Kräfte der MPLA — Volksbewegung zur Befreiung Angolas — sollte sich der FNLA anschließen."

Von dieser Zeit an wurden die Kämpfer der MPLA, der avantgardistischen Bewegung im Befreiungskampf, verhaftet und aus Kongo-Leopoldville ausgewiesen, Sie errichtete ihre militärischen Basen in Cabinda, der angolesischen Enklave in Congo-Brazzaville, die Kämpfe gegen die portugiesische Kolonialarmee verstärken sich Tag für Tag. Die Organisation für die afrikanische Einheit (O.U.A.) erkennt dies an, wie man in dem Bericht von der Konferenz afrikanischer Staatschefs nachlesen kann, die in Kairo vom 17. bis 21. Juli 1964 tagte:

„Die Kommission hat sich nach Brazzaville begeben, wo sie Gelegenheit hatte, die Büros der MPLA zu besuchen und über die Aktivität und die administrative Organisation der Bewegung berichten kann. Von Brazzaville aus hielt es die Kommission für nützlich, sich an die Grenzen Kongo-Brazzavilles und Cabindas zu begeben, um die militärischen Basen und Ausbildungszentren der Bewegung zu besuchen. Sie hat die entlegensten Basen besucht, sogar im Innern Cabindas."

Sie zieht die folgenden Schlußfolgerungen:

1. Die MPLA besitzt bereits eine militärische, politische und administrative Organisation.
2. Die Kämpfenden der MPLA sind bewegt von großem nationalem und patriotischem Gefühl, aber ihnen fehlen die materiellen Mittel, die zur Erreichung ihres Zieles, der totalen Befreiung Angolas, notwendig sind.
3. Die Führer der MPLA sind sich der Größe des Einsatzes und der Begrenztheit ihres militärischen Potentials bewußt und beschränken sich zur Zeit in ihrer Aktion, die in keinem Mißverhältnis zu den Mitteln stehen soll, die sie besitzen, die jedoch in Zukunft vergrößert werden könnte in dem Maße, in dem die das notwendige Material erhalten werden.

Die Kommission erlaubt sich, folgende Empfehlungen zu machen:

1. Die MPLA ist eine ernst zu nehmende Bewegung, aktiv und fähig, einen erfolgreichen Kampf zu führen und verdient deshalb Hilfe und Unterstützung von Seiten des Koordinierungskomitees für die Befreiung Afrikas.
2. Die Unterstützung, die ihr das Komitee der Neun gewähren könnte, sollte zwei Aspekte berücksichtigen: Technische Unterstützung: Intensivierung der Ausbildung, besser koordinierte technische militärische Unterstützung. Materielle Unterstützung.
3. Das Befreiungskomitee sollte jedoch weiterhin Wege und Mittel suchen, die zu einer Aussöhnung zwischen den beiden Bewegungen führen können.

Das Koordinierungskomitees für die Befreiung Afrikas (Komitee der Neun) nimmt die Beschlüsse des Berichtes der Kommission an.

Trotz aller Bemühungen des Imperialismus, den Kampf des angolesischen Volkes aufzuhalten, sei es im Bündnis mit dem kolonialistisch-faschistischen Regime Portugals, sei es durch Schwächung der nationalen Befreiungsbewegung, wird das angolesische Volk siegen, dies wird eine historische Wahrheit sein.

Alberto Passos

Die gesellschaftliche Entwicklung zum totalen Widersinn der Vernunft zwingt wie z. B. den sozialtheoretischen auch den protestantischen Liberalismus, seine Theorien zu revidieren und auf die konkreten gesellschaftlichen Verhältnisse abzustimmen. In welchem Maße aber die neoorthodoxe Richtung statt distanziert sich integrierend verhielt und das Irrationale der Gesellschaft nicht überwand, sondern ideologisch verbrämte, wird von **W. W. Bartley in „Flucht ins Engagement", Szczesny-Verlag, 1964, 154 S.** untersucht.

„Da sie hin- und hergerissen wurden zwischen ihrer Treue zum Christentum und ihrer Ergebenheit gegenüber der Vernunft, überrascht es nicht, daß die meisten Theologen (Bartley meint hier u. a. Barth, Tillich, Niebuhr) ... eine Kompromißideologie zu entwickeln versuchten, die zwar von Grund auf irrational war, aber trotzdem eine möglichst rationale Form von Irrationalismus sein sollte" (S. 71). Der Autor rekuniert in diesem Zusammenhang auf die allgemeine Krise des Rationalismus, der dank seiner gesellschaftlich vermittelten Widersprüche immer neu Zuflucht sucht im irrationalen Argument; einem Argument, das auch das „vorbehaltlose Engagement" für den Protestantismus letztgültig rechtfertigen soll. In der Apologie wird die rationale Begründung der Entscheidung für den Protestantismus übersprungen mit dem totalitären Anspruch, das Engagement habe sich vor der Kritik von außen nicht auszuweisen. Die Entscheidung für den Protestantismus, als einer Größe jenseits der Gesellschaft, wird verabsolutiert zu einer Entscheidung, die sich jeglichem kritischen Maßstab entzieht. Statt in ihrer geschichtlichen Ursache und als Reproduktion der gesellschaftlichen Widersprüche gründet Bartley die Krise des Rationalismus formal in der Entdeckung seines Lehrers Popper, daß die „philosophische Tradition... ihrer Struktur nach autoritär (ist), selbst dort noch, wo sie sich am liberalsten gebärdet" (143) und, daß immer „der Begriff der Kritik mit dem der Rechtfertigung vermengt worden ist" (S. 151). Das Dilemma des vorbehaltlosen Engagements wird überwunden nur durch die Überwindung jeder autoritären, d. h. apologetischen Erkenntnistheorie, den rechtfertigungsfreien Rationalismus," der ausnahmslos alle seine Anschauungen, namentlich aber seine grundlegenden Maßstäbe und seine philosophische Grundeinstellung oder Weltanschauung kritisch offenhält und nie eine Auseinandersetzung damit abbricht, daß er Glauben oder außervernünftige Engagements verschützt, um so eine Anschauung zu rechtfertigen..." (S. 160).

Die formale Bestimmung des Rationalismus versucht einen Ausweg aus der Krise, ohne auf die Voraussetzungen von Rationalismus einzugehen. Sein Relativismus, mit dem Bartley gegen jede Dogmatik innerhalb des gesellschaftlichen Ganzen kämpft, bleibt dennoch selber dogmatisch, weil es eben dieses gesellschaftliche Ganze als wahr voraussetzt. Da die Ungeschichtlichkeit solcher formalen Theorie nur Erlös innerhalb des sozialen Prozesses einbringt, mündet sie in eben derselben autoritären Erkenntnistheorie, die sie verneint. Bartley verkennt, daß die Neutralität, die er für die Verwendung des Rationalitätsbegriffs fordert, gesellschaftlich bereits pervertiert ist. Sie ist die Ideologie derer, die allenorts einen Wertepluralismus ausstreuen, um die Kritik an sich als eine unter vielen und als unverbindlich karikieren zu können. Die Irrationalität dieses Begriffes ist korrigierbar alleine durch die Gegenüberstellung von kritischem Rationalismus und gesellschaftlich ideologisiertem. Rationalität als Stabilisierungsfaktor von Herrschaft, ist soweit verschlissen in der geläufigen Anwendung, daß alles Bemühen, ihn innerhalb dieser aufzufrischen, in Ideologie mündet. Durch die Dogmatik der gelebten Situation hindurch muß der Begriff des Rationalismus als die Verneinung seiner bisher existenten Form begriffen werden. Soll Rationalismus frei sein von Rechtfertigung, so will ja Bartley, so muß zu allererst sein Rechtfertigungscharakter innerhalb der und für die Gesellschaft durchschaut werden. Hiervon ist aber in dem Buch nicht die Rede. Z. B. „Und doch behandelt man die Selbstentfremdung wie ein brennendes Problem, als wäre sie ein Mißstand, den man mildern, vielleicht gar ganz beseitigen könnte, und keineswegs ein Übel wie der Tod, das ohnmächtig hingenommen werden muß" (S. 20).

Dem Individuum in der modernen Gesellschaft wird die Chance zu überleben nur durch Anpassung geboten. Wer sich dem totalen Betrieb, sei es in Wissenschaft, Technik, Kultur oder gar im Arbeitsprozeß nicht eingliedert, dem droht die Isolierung, oder im psychologischen Jargon, die Neurose. Systemkritik ist selbst

jenen verdächtig, für deren Zukunft sie theoretisch einsteht. Das Bewußtsein scheint bereits so verhärtet, daß ihm ein qualitativer Fortschritt der Gesellschaft oder nur die Notwendigkeit dazu schon undenkbar ist. Die Anpassung scheint total, die Identifizierung mit der Moral der Herrschaft perfekt, der Mensch unter solchen Umständen kaum noch dahin emanzipierbar, daß er eine kritische Haltung einnimmt, statt kritiklos nur zu konsumieren, was sich propagandistisch ihm anbiedert. In

Aufstand gegen die Masse, Szczesny-Verlag, 1964, 331 S.

fragt Bruno Bettelheim nach der „Chance des Individuums in der modernen Gesellschaft" — so lautet der Untertitel. Der Autor versteht sein Buch als eine Arbeit, die „sich mit der Situation des Menschen in der modernen Massengesellschaft und den psychologischen Auswirkungen totalitärer Bestrebungen auseinandersetzt." (S. 8) Weder im Marxismus noch in der Psychoanalyse sieht Bettelheim einen gangbaren Weg, das Individuum gegen den Zwang der Gesellschaft zu sichern oder gar es zu einer besseren zu befreien. „Es bedurfte der Lehre, die ich aus Hitler, dem Konzentrationslager, der Auswanderung und dem Einleben in der Neuen Welt gezogen hatte, um zu verstehen, in welchem Maße die Gesellschaft die Persönlichkeit und das Leben des Individuums verändern kann und wo der Einfluß der Gesellschaft aufhört." (S. 16) In größerer Nähe dennoch zu Freud als zu Marx sucht der Autor eher einen Ausweg in der Persönlichkeit des Einzelnen als in der Veränderung der Gesellschaft. Die Zerstörung des Individuums zum Zweck seiner restlosen Anpassung an den fremdfunktionierenden Gesellschaftsapparat machen besonders der totalitäre Staat Hitlers und das KZ deutlich. An diesem Beispiel destilliert Bettelheim die psychologischen Methoden, mit denen die Autonomie des Individuums gebrochen wird, und die psychologischen Ergebnisse.
Die Analyse der westlichen Gesellschaft, die Bettelheim andeutungsweise eingangs seines Buches gibt, zeigt die zumindest prinzipielle Übereinstimmung der psychologischen Methoden, die Autonomie des Menschen so weit zu brechen, daß er sich kritiklos dem Apparat anpaßt und dessen Autorität zu seiner macht. Der Zwang unter die Herrschaft einiger weniger, die den Ablauf der Gesellschaft organisieren, äußert sich denen, über die verfügt wird, nicht mehr in seinem wahren Charakter. Besonders die Technik, akzentuiert Bettelheim, tritt dem Menschen als eine äußere, unkontrollierbare Macht entgegen. Aber nicht allein

Universitäts-
buchhandlung
Dr. J. C. Witsch

Köln Universitätsstraße 18
Zülpicher Straße 85 und 178

die Technik, sondern die Gesellschaft überhaupt tritt dem Menschen fremd entgegen, z. B. auch Bettelheim. Was er bei der Technik durchschaute, gelingt ihm bei der Gesellschaft insgesamt nicht mehr. „Ohne Zweifel wird der Mensch von der Furcht verfolgt, unsere Zeit sei ein Zeitalter der Neurose ... dabei übersieht er aber oft die Tatsache, daß jede Zeit und jede Gesellschaft ihre eigenen und für sie typischen Formen psychischer Konflikte hat (S. 49). „Ich bin der Überzeugung, daß die Arbeit des Menschen, will er den bedrohlichen Wirkungen einer Massengesellschaft widerstehen ..., von seiner Persönlichkeit durchdrungen sein muß."(10) Die Analyse des totalitären Staates, das Erlebnis des totalen Chaos und die Feststellung, daß diese Gesellschaft mit ähnlichen psychologischen Mechanismen den Abbau der Autonomie der Persönlichkeit betreibt, reichen bei Bettelheim nicht zur Einsicht, daß man evtl. die Gesellschaft verändern könnte, um dem Individuum die Belastung zu ersparen. Da er Gesellschaft auf ewig mit den Antagonismen ausgestattet sieht, die er doch mehr der Industrie als deren Urhebern zuschreibt, bleibt beim Einzelnen die Bedingung, den negativen Zustand der Gesellschaft für sich zu überwinden. „Wie in allen großen Revolutionen in der Geschichte der Menschheit gilt folgendes auch in dieser technischen industriellen und sozialen Revolution, in der wir leben: Nach einer gewissen Verzögerung wird der Mensch einmal mehr die erforderliche innere Struktur und die größere Fähigkeit entwickeln, eine innere Integration zu erreichen, die Hand in Hand mit unseren neuen Lebensbedingungen gehen muß ... Revolutionäre Entwicklungen bringen Zeiten sozialer Krisen mit sich, bis der Mensch lernt, die gleiche Entwicklung in seiner Integration durchzumachen, die es ihm dann gestattet, sich der Situation nicht nur anzupassen, sondern sie auch zu meistern." (322) Der bürgerlichen Kultur, die den Einzelnen zur Sittlichkeit verpflichten möchte, alliiert sich nun Psychologie, die auf Integration beharrt auch dort, wo diese nur die gesteigerte Form von Anpassung sein kann.

Entgegen der propagierten These, der Marxismus sei überholt, wird die Diskussion um ihn lebendiger. Erfolgreich begegneten in Deutschland dem Revisionismus der SPD und der auf Dogmen eingefrorenen Marxismusideologie im Osten Georg Lukàcs (Geschichte und Klassenbewußtsein, Berlin 1923) und Karl Korsch (Marxismus und Philosophie, Berlin 1930).[1] Beide insistieren auf dem Zusammenhang des dialektischen und historischen Materialismus. Die Trennung dieser beiden Momente führte in der SPD durch Bernstein zur Verwerfung der nun rein formal verstandenen Dialektik und im Osten kritiklosen Übernahme der Theorie Engels von einer ontologischen, der Natur immanenten Dialektik.[2]) Alfred Schmidt arbeitete gerade dieses Problem heraus: „Der Naturbegriff bei Marx". Von ihm sind auch die Nachworte zu Henri Levebre: Probleme des Marxismus heute, Edition Suhrkamp Existentialismus und Marxismus, Eine Kontroverse zwischen Sartre, Garaudy, Hyppolite, Vixgier und Orcel, Edition Suhrkamp.

Diese beiden Bände können zur Einführung in den Marxismus dienen. Auch Levebre besteht auf dem historischen Moment des Marxismus: „Der Marxismus unterliegt seinen eigenen Kategorien. Er verändert sich mit historischen und gesellschaftlichen Bedingungen. Er entwickelt sich durch objektive Widersprüche hindurch, von denen gewisse, ... s e i n e Widersprüche sind (123)". „Die marxistische Philosophie läßt sich nicht in einigen systematischen Aussagen oder in einer kanonisierten Methodologie schematisieren. Sie erhebt sich über eine Geschichte der Erkenntnis und vollends über eine Geschichte, die einem Schema unterworfen wurde" (128). Die theoretische Erörterung des Marxismus, will sie diesen ernst nehmen, kann nicht vergessen, daß Theorie kein Selbstzweck ist und sich aus sich selbst begründet. Die Theorie verstand Marx immer als Anleitung zur Praxis. Die wissenschaftliche Diskussion läuft Gefahr, gerade diesen Zug der Marxschen Theorie verkümmern zu lassen.[2])

Trotz des Hinweises, daß die materialistische Dialektik sich in der politischen Ökonomie zu verifizieren habe, bleibt häufig der Eindruck, als habe sich der Marxismus ab nun in diese und die Frage nach einer Erkenntnistheorie aufgespalten.

[1]) in der Zeitschrift „Alternatjve", April 1965

[2]) Jürgen Habermas gibt einen Überblick über die Marxismuskritik in Theorie und Praxis, Luchterhand-Verlag. In der nächsten Nummer werden wir im Rahmen von „Kritische Theorie" über Jürgen Habermas sprechen.

Wolfang Abendroth: Sozialgeschichte der europäischen Arbeiterbewegung, Edition Suhrkamp

Den Sozialismus teilt Abendroth in drei grundsätzliche Bewegungen auf, in die des anarchistischen, des sozialreformerischen und des wissenschaftlichen Sozialismus. Die drei Hauptrichtungen, die schon sehr früh sichtbar waren, dauern zum Teil noch bis heute an und haben in einigen Fällen erst sehr spät zur Gründung eigener Parteien geführt. Allein die Gründungs-SPD läßt sich in diese drei Kategorien nicht recht einordnen: „Sie nimmt, nachdem sie sich gegen Tendenzen von rechts und links erfolgreich behauptet hat, die Position eines vereinfachten marxistischen Denkens auf."

Entschleiert wird die Rolle der Mehrheitssozialdemokratie, die durch ihr Bündnis im Jahre 1918 „mit der etablierten Bürokratie des monarchistischen Systems, mit der Obersten Heeresleitung der geschlagenen Armee und mit den Managern der großen Konzerne sozialistische Konsequenzen einer Revolution" verhinderte und schon damit den späteren Sieg des Faschismus erleichterte. Scharfe Kritik übt er an Stalin und dem Stalinismus, der Politik der SU, ausländische marxistische Parteien auf die eigenen Interessen auszurichten, die mit dazu beitrug, daß ein energischer Kampf der Arbeiterklasse gegen den Faschismus nicht erreicht wurde. Zu einem „Instrument, das den ideologischen Einfluß der herrschenden Klasse auf die Arbeiter festigt", entwickelte sich die SPD nach 1945. Wenn sie diesen Weg auch am weitesten und konsequentesten gegangen ist, indem sie ihren linken Flügel liquidierte, so lassen sich ähnliche Tendenzen bei den skandinavischen sozial-demokratischen Parteien, in den holländischen, belgischen, österreichischen und französischen rechtssozialistischen Parteien feststellen. Auch die Labour Party integriert sich zunehmend den bestehenden Herrschaftsverhältnissen, wie ihre Politik seit ihrem Regierungsantritt erkennen läßt. Durch ihr grundsätzliches Einverständnis mit den herrschenden Produktions- und Machtverhältnissen, verneint sie die Forderungen nach Selbstbestimmung jener Klasse, die sie auch schon gar nicht mehr vorgibt zu vertreten.

Club Voltaire II

Jahrbuch für kritische Aufklärung 1965

Dem ersten Band dieses Jahrbuchs, das viel Beachtung gefunden hat, folgt jetzt der zweite mit zahlreichen neuen Autoren und Themen. Die Mitarbeiter: Hans Albert, Jean Améry, William W. Bartley, Richard F. Behrendt, Alex Comfort, Heinz von Cramer, Felix von Cube, Herbert Feigl, Günter Grass, Helmut Heißenbüttel, Ronald W. Hepburn, Rolf Hochhuth, Walter Kaufmann, Hans Kilian, Karl Löwith, Bryan Magee, Ludwig Marcuse, Kathleen Nott, Friedrich Schneider, Ulrich Sonnemann, Gerhard Szczesny, Ernst Topitsch, Hermann Wein.

Herausgegeben von Gerhard Szczesny

400 Seiten, Leinen DM 19,80

ALEXANDER S. NEILL

Erziehung in Summerhill

Das revolutionäre Beispiel einer freien Schule

»Ich kenne keinen Erzieher in der westlichen Welt, der sich mit Neill vergleichen kann ...« schreibt Henry Miller.

Der Bericht dieses revolutionären Erziehers über seine Schule und seine Gedanken über Erziehung berühren den wundesten Punkt unseres bisherigen Verhaltens zu Kindern. Schulreform ist eines der meistdiskutierten Themen. Noch dringlicher aber ist eine Erziehungsreform, wenn wir ernst nehmen, daß als Grundübel unserer Zeit nicht Mangel an Wissen und Können, sondern Mangel an Menschlichkeit genannt wird. 338 Seiten, Leinen DM 22,50

MARGARET MEAD

Leben in der Südsee

Jugend und Sexualität in primitiven Gesellschaften

Margaret Mead hat vor rund 40 Jahren ein neues Kapitel in der Wissenschaft vom Menschen begonnen. Das Werk ist bisher nur Kennern des Englischen zugänglich gewesen. Bei der Bedeutung dieser Südseestudien für Anthropologie, Psychologie, Soziologie und Pädagogik, für die Fragen nach dem »Wesen« des Menschen, der Kultur und ihrer Gestaltung, ist eine deutsche Ausgabe unerläßlich, wenn wir aus der Enge unseres Denkens in diesen Dingen herauskommen wollen.

XXII/668 Seiten, Leinen, DM 58,—

bei Szczesny

Szczesny Verlag München 9, Postfach 173

Zur Gründung der Ruhruniversität

Der Sozialistische Deutsche Studentenbund hat an der Universität Bochum bereits eine Gruppe ins Leben gerufen, deren Mitglieder sich zur Zeit an anderen Universitäten darauf vorbereiten, auch in der Ruhr-Universität ihr verfassungsfreundliches und herrschaftsfeindliches „Zersetzungswerk" fortzusetzen. Die sozialistischen Studenten begannen damit 1839 in dem junghegelianisch-sozialrevolutionären „Doktorklub" an der Universität Berlin, dem auch der Student Karl Marx angehörte. Hätte der SDS diese historische Erbschaft ebenso wie die SPD ihre wesentlich jüngere Vergangenheit als Ballast abgeworfen, so müßte er wohl in diesem Jahr ebenfalls mit einem Wander-Museum „125 Jahre SDS" durch die Lande ziehen, damit auch jeder glaubt, daß man sie mumifiziert hat. Doch machen wir uns mehr Sorgen um die unbewältigte Zukunft unserer Weltgesellschaft als um die vergewaltigte Vergangenheit.

Wenn sie wissen wollen, ob unsere Genossen in Bochum rote Fahnen auf den wichtigsten städtischen Gebäuden hissen werden, so kann man dazu sagen, daß diese Fragen, die die Öffentlichkeit erfahrungsgemäß am meisten interessieren, für uns von zweit- oder drittrangiger Bedeutung sind. Viel wichtiger sind für uns die Antworten auf 3 andere Fragen:

1. Wie können wir gleich zu Beginn des ersten Semesters möglichst viele junge Studenten davon abhalten, an den spätpubertären Initiationsriten und der sog. staatsbürgerlichen „Erziehungsarbeit" der Korporationen teilzunehmen?

2. Wie können wir verhindern, daß die von einem hochwohlgeborenen Gründungsausschuß und -rektor uns aufgezwungenen „akademischen Lebens- und Erziehungsgemeinschaften" der Kollegienhäuser sich zu einer Fortsetzung des Korporationsunwesens mit anderen Mitteln auswachsen?

3. Wie können wir den Landesverband des VDS und seinen „Treuhänder" davon überzeugen, daß der „chinesische Weg" der Studentenschaftspolitik, nämlich der große Sprung zum Aufbau einer selbstgenügsamen studentischen Volkskommune an der Ruhr-Universität, verfehlt ist, weil er auf der vulgär-marxistischen Zwangsvorstellung beruht, die Studenten seien n u r über die sog.. „materielle Interessiertheit" an Mensaessen, Kaufstätten, Versicherungsschutz, Reisedienst zur Eigenverantwortlichkeit durch kollektive Selbsthilfe zu zwingen?

Ein Teil der Antwort auf die erste Frage könnte lauten: Glaubt nicht die Geschichtslügen, mit denen man dem kleinbürgerlichen Nazismus aufstiegs- und prestigehungriger Untertanen heute ein demokratisches Mäntelchen umhängen will. Es gibt historische Institutionenhülsen, die so verschmutzt sind, daß sie reinwaschen zu wollen beim besten Willen nicht mehr möglich, sondern verdächtig ist. Unsere Antwort auf die beiden letzten Fragen: Organisiert die Studentenschaft an der neuen Universität nicht nur als zentral verwaltete Kommune für die ergänzenden wirtschaftlichen Bedürfnisse (die letztlich doch nur über eine kostendeckende allgemeine Ausbildungsförderung befriedigt werden können) sondern als Kranz von genossenschaftlichen Fachschaften für die konkreten Ausbildungs- und Berufsinteressen und die intellektuelle Eigenverantwortlichkeit der Studenten. Sie könnten mit Fach-Klubs, Tutorengruppen, Repetitorien, wissenschaftlichen Vorträgen und Arbeitskreisen, Praktikavermittlung etc. sowohl die Studienform wie auch die fachbezogene politische Bildung selber in die Hand nehmen.

H. Neuendorff, Kommissar des SDS für die Ruhr-Universität Bochum

Suhrkamp Verlag Frankfurt

Wolfgang Abendroth
Sozialgeschichte der europ. Arbeiterbewegung
edition suhrkamp Band 106. 3 Mark

Abendroth analysiert, ausgehend von ihrem inneren Zusammenhang, die politischen Tendenzen der Arbeiterorganisationen in Europa, ihre Rolle in der Gesellschaft und in der neueren Geschichte. Er benennt die Unterschiede und zeigt, wie und warum sie entstanden sind; er beschreibt als eine Einheit, was sich selber einmal als eine Einheit verstanden hat.

David Riesman
Freud und die Psychoanalyse
edition suhrkamp Band 110. 3 Mark

Die vier Studien über Arbeit und Spiel, Autorität und Freiheit, Heroismus und Schwachheit im psychoanalytischen System sind kritische Interpretationen Freudscher Theorien, die sowohl in ihrer geschichtlichen Bedingtheit verstanden als auch in ihrer aktuellen Gültigkeit erkannt, also ‚weitergedacht' werden — aus der Perspektive eines Soziologen.

Joachim Ritter
Hegel und die französische Revolution
edition suhrkamp Band 114. 3 Mark

Eine Analyse und Deutung von Hegels politischer Philosophie, die von Anfang an der französischen Revolution und ihrem absoluten Freiheitsbegriff verpflichtet war.

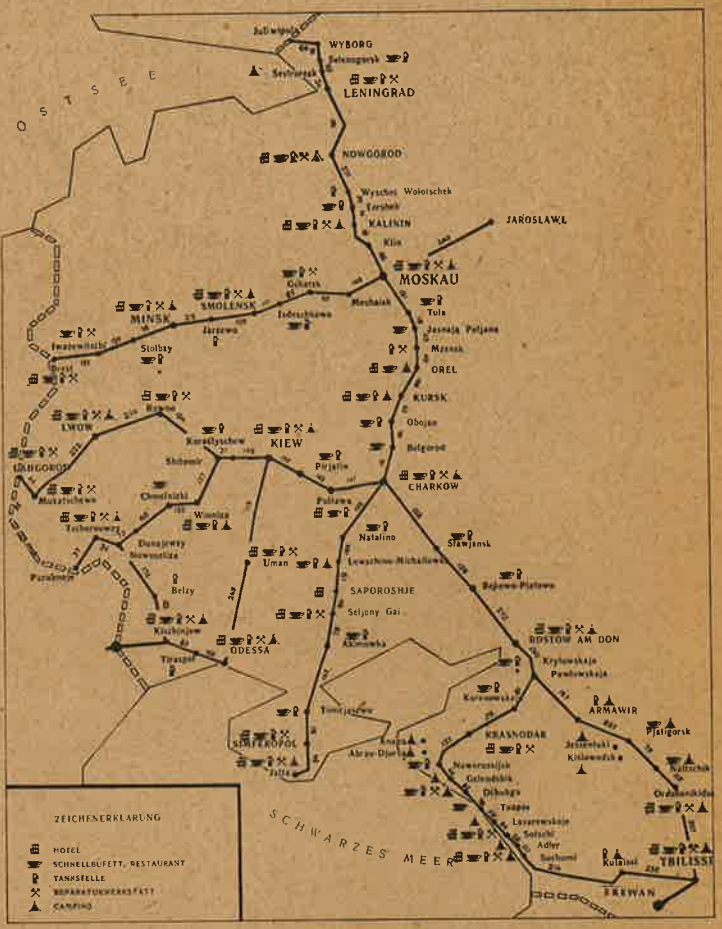
Existentialismus und Marxismus
Eine Kontroverse. Mit Beiträgen von Jean-Paul Sartre, Roger Garaudy, Jean Hyppolite, Jean-Pierre Vigier, Jean Orcel.
edition suhrkamp Band 116. 3 Mark

Der Band enthält das Protokoll des berühmten und folgenreichen Streitgesprächs, das am 7. Dezember 1961 an der Sorbonne stattgefunden hat. Gegenstand der Kontroverse war die Frage nach der Interpretierbarkeit der Geschichte und der Natur und nach den möglichen Interpretationsmethoden, insbesondere der dialektischen.

Theodor W. Adorno
Noten zur Literatur III
Bibliothek Suhrkamp. 210 Seiten. DM 5.80

Inhalt: Zu einem Porträt Thomas Manns - Bibliographische Grillen - Rede über ein imaginäres Feuilleton - Sittlichkeit und Kriminalität - Der wunderliche Realist - Engagement - Voraussetzungen - Parataxis.

Mit dem eigenen Wagen in die UDSSR?



Warum nicht? Campingreisende zahlen pro Tag nur DM 6,–, falls Sie lieber im Hotel wohnen, DM 44,– pro Tag. Benzin kostet DM 0,48 pro Liter. Weitere Auskünfte und Prospekte erhalten Sie bei

Osttourist-Reisebüro

5 KÖLN/RHEIN · Schildergasse 111 · Telefon 21 69 89, 21 40 42